



**Stadt Ingolstadt
Niederschrift über die Sitzung
des Ausschusses für Kultur und Bildung**

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG	Sitzung-Nr.: KBA/02/2025	
Sitzungsdatum: Dienstag, 25.03.2025	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 19:16 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Bürgermeisterinnen	
Bürgermeisterin Petra Kleine	Online
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel	
Herr Stadtrat Hans Achhammer	
Frau Stadträtin Brigitte Mader	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	bis 19:12 Uhr, TOP 2 nöSi
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	bis 18:43 Uhr, TOP 7 öSi
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	bis 19:11 Uhr, TOP 7 öSi
Herr Stadtrat Fred Over	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Verwaltung	
Herr Matthias Nicklaus	Zentrum Stadtgeschichte; bis 19:13 Uhr, TOP 2 nöSi

Ferner anwesend	
Frau Stadträtin Francesca Pane	bis 17:59 Uhr, TOP 3 öSi
Herr Oliver Brunner	Intendant des Stadttheaters Ingolstadt; bis 18:44 Uhr, TOP 7 öSi
Frau Mirja Biel	Oberspielleiterin des Stadttheaters Ingolstadt; ab 17:13 Uhr, TOP 1 öSi; bis 18:44 Uhr, TOP 7 öSi
Frau Sonja Walter	Chefdramaturgin des Stadttheaters Ingolstadt; ab 17:31 Uhr, TOP 1 öSi; bis 18:44 Uhr, TOP 7 öSi
Frau Julia Mayr	Leiterin des Jungen Theaters Ingolstadt; ab 17:13 Uhr, TOP 1 öSi; bis 18:44 Uhr, TOP 7 öSi
Frau Lisa Schacher	Stadt-dramaturgin des Stadttheaters Ingolstadt; ab 17:13 Uhr, TOP 1 öSi; bis 18:44 Uhr, TOP 7 öSi
Herr Felix Breyer	Geschäftsführer Georgisches Kammerorchester Ingolstadt ab 17:13 Uhr, TOP 1 öSi; bis 19:13 Uhr, TOP 2 nöSi

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	
0 . Interimsstätte für den Festsaal für die Dauer der Sanierung des Hämer-Baus (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0174/25	6
1 . Aktuelle Information zum Kulturgeschehen	8
2 . Sachstandsbericht zu Schulbaumaßnahmen	8
3 . Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH; Ausübung der Gesellschafterrechte zur Namensänderung (Referenten: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, Herr Grandmontagne) Vorlage: V0134/25	11
4 . Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH; Ausübung der Gesellschafterrechte zur Mittelfristplanung 2026 bis 2028 (Referenten: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, Herr Grandmontagne) Vorlage: V0129/25	18
5 . Stadttheater Ingolstadt Spielplan 2025/2026 (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0116/25	21
6 . Bericht über die europäischen und städtepartnerschaftlichen Aktivitäten des Referats für Kultur und Bildung, Amt für Internationale Beziehungen und Kulturverwaltung im Jahr 2024 (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0095/25	23
7 . 80 Jahre Kriegsende – Überblick über die in Ingolstadt geplanten Veranstaltungen anlässlich des Jahrestages	24
. Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.03.2025 Vorlage: V0151/25	24
. Mündlicher Bericht Herr Grandmontagne	24

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass Stadträtin Pane an der heutigen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung ferner teilnehme. Da Stadträtin Pane kein ordentliches Mitglied des Ausschusses für Kultur und Bildung sei, habe sie zudem einen Antrag auf Rederecht für die heutige Ausschusssitzung gestellt. An die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung gewandt fragt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, ob mit der Erteilung des Rederechts an Stadträtin Pane für die heutige Ausschusssitzung Einverständnis bestehe.

Seitens der Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung besteht Einverständnis, dass Stadträtin Pane für die heutige Ausschusssitzung ein Rederecht gewährt wird.

Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei der Überzeugung, dass die Beschlussvorlage V0175/25 in öffentlicher Sitzung behandelt werden sollte, teilt Stadträtin Krumwiede mit. Man sei der Meinung, dass zu diesem Thema innerhalb der Bevölkerung ein großes Interesse bestehe und die in der Anlage zur vorliegenden Beschlussvorlage aufgeführten Informationen zu den entsprechenden Finanzen nicht der Geheimhaltung unterliegen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass sich die Beschlussvorlage V0175/25 mit laufenden Vertragsverhandlungen insbesondere bezüglich der möglichen Anmietung einer Interimsstätte für den Festsaal befasse. Es sei die übliche Vorgehensweise, dass über laufende Vertragsverhandlungen nicht in öffentlicher Sitzung informiert werde.

Das Referat für Stadtentwicklung und Baurecht habe darüber hinaus darum gebeten, dass die unter diesem Tagesordnungspunkt zu zeigenden Bildsynthesen nicht in der Öffentlichkeit stehen sollten, ergänzt Herr Grandmontagne. Hierbei handle es sich um visuelle Veranschaulichungen, die gezeigt werden sollen, damit sich die Ausschussmitglieder unter den Standorten und der Lage der einzelnen Interimslösungen etwas vorstellen können. Zumal könnten diese Bildsynthesen ein Präjudiz schaffen, das die weitere Diskussion zu dieser zeitlich sowie kostenintensiven Thematik erschwere. Insofern bittet die Stadtverwaltung darum, dass man die Beschlussvorlage V0175/25 zunächst in nicht öffentlicher Sitzung behandle. Herr Grandmontagne informiert, dass man zum Thema Interimsstätte für den Festsaal auch noch einmal mit der Beschlussvorlage V0174/25 im öffentlichen Teil der Sitzung über diese Thematik informiere.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass im nicht öffentlichen Teil der heutigen Ausschusssitzung als Tagesordnungspunkt 2 die Programm- und Projektgenehmigung für eine Sporthalle an der Grund- und Mittelschule Gotthold-Ephraim-Lessing zur vorberatenden Beschlussfassung auf der Tagesordnung stehe. Auch diese Beschlussvorlage solle aus den gleichen Gründen wie bei der Beschlussvorlage V0175/25 in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden.

Herr Hoffmann informiert zur angesprochenen Beschlussvorlage V0171/25, dass man für die Sporthalle an der Grund- und Mittelschule Gotthold-Ephraim-Lessing eine Totalunternehmerausschreibung durchführen möchte. Wenn man diese Beschlussthematik allerdings in öffentlicher Sitzung behandle, könnte der Totalunternehmer erfahren, wie viel Geld die Stadt Ingolstadt für dieses Vorhaben einplane und dementsprechend sein Angebot darauf abstimmen. Deshalb plädiert die Stadtverwaltung auch bei der Beschlussvorlage V0171/25 für eine nicht öffentliche Behandlung, so Herr Hoffmann.

Abstimmung über die Änderungen zur Tagesordnung:

Mit allen Stimmen:

Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung (§ 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung)

Öffentliche Sitzung

Beratend

- 0 . **Interimsstätte für den Festsaal für die Dauer der Sanierung des Hämer-Baus
(Referent: Herr Grandmontagne)**
Vorlage: V0174/25

Antrag:

Der Stadtrat erkennt die enorme Bedeutung des Festsaals als zentraler Veranstaltungsort Ingolstadts an. Um die gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung auch während der Sanierung des Hämer-Baus sicherzustellen, ist eine Interimsstätte des Festsaals notwendig. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, zeitnah eine abgestimmte, beschlussfähige Option vorzulegen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass man im nicht öffentlichen Teil zu Beginn der heutigen Ausschusssitzung intensiv über ein Meinungsbild zur Interimsstätte für den Festsaal für die Dauer der Sanierung des Hämer-Baus diskutiert habe. Diese Diskussion habe in nicht öffentlicher Sitzung stattfinden müssen, da bei dieser Thematik derzeit parallel noch Vertragsverhandlungen laufen würden. Die Prüfung der möglichen Optionen für eine Interimsstätte beschränke sich nun auf zwei Varianten. Zum einen werde weiterhin geprüft, ob in den DK-Hallen eine Interimsstätte für den Festsaal wirtschaftlich sowie sachlich darstellbar sei. Des Weiteren sei in den letzten Wochen die Idee entstanden, eine Leichtbauhalle zu errichten, die zunächst als Interimsstätte für den Festsaal verwendet werden könnte.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass es in der Innenstadt einige Schulen gebe, deren Sporthallen in die Jahre gekommen seien und bei denen sich ein dementsprechender Sanierungsbedarf abzeichne. Von daher bestehe die Überlegung, dass man die Leichtbauhalle nach der Sanierung des Hämer-Baus als Ausweichsporthalle für die sanierungsbedürftigen Sporthallen der Schulen in der Innenstadt nutzen könnte. Auch diese Idee müsse nun noch näher untersucht und zeitlich abgestimmt werden. Hierbei werde vor allem die Standortsuche für eine solche Leichtbauhalle eine wichtige Rolle spielen. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll berichtet, dass man zunächst über die Errichtung der Halle neben dem Theater am Glacis auf einem Teil des Parkplatzes Hallenbad nachgedacht habe. Dieser Standort sei in der nicht öffentlichen Diskussion teilweise schon etwas kritisch gesehen worden, da der Parkplatz Hallenbad auch von den Besucherinnen und Besuchern des Sportbads genutzt werde und durch die Errichtung der Leichtbauhalle weitere Parkplätze wegfallen würden. Eine weitere Standortalternative für die Leichtbauhalle würde der Volksfestplatz darstellen, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Hier würde man den Wegfall der Parkplätze nicht so gravierend spüren, da der Parkplatz Volksfestplatz weniger frequentiert werde als der Parkplatz Hallenbad. Nichtsdestotrotz müsse man bei dieser Standortoption prüfen, ob durch eine Leichtbauhalle an dieser Stelle die Durchführung der Volksfeste gegebenenfalls beeinträchtigt werde. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll führt aus, dass die Suche nach einer Interimsstätte für den Festsaal nun sehr schnell vorangehen müsse, da man den Hämer-Bau alsbald in die Sanierung geben möchte.

Herr Grandmontagne führt aus, dass sich die vorliegende öffentliche Beschlussvorlage mit der grundsätzlichen Beauftragung der Verwaltung befasse, dem Stadtrat eine beschlussfähige Option für eine Interimsstätte vorzulegen. Im Rahmen dessen habe man nun auch abschließend die Frage prüfen können, ob man die Veranstaltungen aus dem Festsaal auf die bestehenden Veranstaltungsstätten im Stadtgebiet aufteilen könnte. Dies sei leider nicht möglich, da die Kapazitäten der weiteren Veranstaltungsstätten in Ingolstadt nicht ausreichen, um die Fülle an Veranstaltungen aus dem Festsaal auffangen zu können. Herr Grandmontagne berichtet, dass im Festsaal pro Jahr über 200 Veranstaltungen an mehr als 250 Belegungstagen stattfinden. Dabei habe man über 50 Veranstaltungen pro Jahr, bei denen die Besucherzahlen zwischen 800 und über 1000 Personen variieren. Dies bedeute, dass man mit diesen Veranstaltungen nicht in deutliche kleinere Veranstaltungsstätten gehen könne. Zumal die weiteren Veranstaltungsorte im Stadtgebiet bereits einen relativ hohen Belegungsstand aufweisen würden, so Herr Grandmontagne. Deshalb sollte sich der Stadtrat grundsätzlich dazu bekennen, dass man für den Festsaal für die Zeit der Sanierung des Hämer-Baus eine Interimsstätte mit entsprechender Kapazität finden müsse.

Sofern man bei den weiteren Prüfungen zu dem Ergebnis komme, dass keine der beiden vorhin beschriebenen Varianten realistisch und mit vertretbaren Mitteln umsetzbar sei, müsse man sich die Option, bei der die Veranstaltungen aus dem Festsaal auf die bestehenden Veranstaltungsstätten im Stadtgebiet verteilt werden, trotzdem vorbehalten, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Bekanntgabe**1. Aktuelle Information zum Kulturgeschehen**

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll weist darauf hin, dass die Stadtverwaltung in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung keine gesonderten Informationen zum aktuellen Kulturgeschehen habe. Nichtsdestotrotz bestehe in der Stadt Ingolstadt allzeit ein lebendiges Kulturgeschehen. Genauere Informationen zu aktuellen Events, Festen und Märkten könne man dem Veranstaltungskalender der Stadt Ingolstadt entnehmen.

Bekanntgabe**2. Sachstandsbericht zu Schulbaumaßnahmen**

Herr Hoffmann stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den aktuellen Sachstand zu den Schulbaumaßnahmen vor. Die Präsentation liegt als Anlage der Niederschrift bei. Insofern werden im Folgenden lediglich die Schwerpunkte des Sachstandsberichts wiedergegeben. Herr Hoffmann teilt mit, dass sich der Sachstandsbericht in der heutigen Ausschusssitzung lediglich auf die aktuell bereits in Bau befindlichen Schulbaumaßnahmen beschränke. Der Grund hierfür sei, dass sämtliche in Planung befindliche Schulbaumaßnahmen vor dem Hintergrund und im Rahmen der Haushaltskonsolidierung noch einmal auf den Prüfstand gestellt werden. Dies bedeute allerdings nicht, dass diese Maßnahmen generell infrage gestellt werden. Die in Planung befindlichen Schulbaumaßnahmen werden nur noch einmal hinsichtlich des Umfangs und des Standards überprüft, da man ansonsten die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung angestrebten Einsparziele im Hochbaubereich nicht erreichen könne. Über die Ergebnisse dieser Prüfung werde bereits in einer der kommenden Sitzungen des Interfraktionellen Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung informiert. Zur Grundschule Hundszell führt Herr Hoffmann aus, dass das noch bestehende Schulgebäude bei dieser Baumaßnahme größere Probleme bereite. Wie bereits auch schon von Teilen der Bevölkerung bemerkt worden sei, habe man die Baugrube für den Neubau nicht so offenhalten können wie ursprünglich angedacht. Dementsprechend habe man mit der Errichtung des Neubaus, der anstelle des abgebrochenen Altbaugebäudeteils entstehen solle, noch nicht beginnen können. Herr Hoffmann erklärt, dass die Bestandserkundungen im Altbau im laufenden Betrieb nur stichprobenartig möglich gewesen seien. Im Zuge der Entkernung habe man dann sukzessive unvorhergesehene Gegebenheiten feststellen müssen. So sei das Mauerwerk des Altbau bei der Errichtung des Gebäudes nicht vernünftig gemauert worden.

Von daher habe man dort nun nicht im Verband gemauerte Mauerteile, die drohen auseinanderzufallen. Des Weiteren würden im Altbau auch teilweise die Fensterstürze fehlen, sodass man dies mit dem Einbau von Betonstürzen nachholen müsse. Auch sei eine mangelnde Mörtelgüte festzustellen, die der Bauzeit geschuldet sei. Darüber hinaus müsse man im Altbau beide Decken vollständig austauschen, da die Holzdeckenbalken unter anderem Feuchtigkeitsschäden aufweisen. Zusätzlich habe man feststellen müssen, dass sich im Dachstuhl des Altbau ein Fledermaus-Sommerquartier befindet. Deshalb habe man bei der Regierung von Oberbayern ein Verfahren nach dem Naturschutzgesetz einleiten müssen. Des Weiteren habe man bemerkt, dass die Innenwände des Altbau teilweise überhaupt kein Fundament aufweisen. Nachdem man nun alle Entkernungen vorgenommen habe, sei zusätzlich festgestellt worden, dass der Altbau in sich statisch nicht mehr wirklich tragfähig sei. Zusätzlich habe man auch bemerkt, dass die Fundamentunterfangungen, die am Übergang zum abgebrochenen Altbaugebäudeteil erwartet worden seien, fehlen und nachträglich hergestellt werden müssen. Die beschriebenen Mängel haben nun dazu geführt, dass laut dem beauftragten Statiker keine erschütterungsintensiven Spezialbauarbeiten an der Baugrube für den Neubau nebenan vorgenommen werden dürfen, bevor der Altbau nicht statisch gesichert sei. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass der Altbau in sich zusammenfallen könnte. Insofern müsse man den Altbau zuerst mit allen zu ergänzenden Fundamenten, Unterfangungen und Ringankern sichern. Erst danach könne man mit den Spund- und Rammarbeiten beim Neubau beginnen, betont Herr Hoffmann. Angesichts dessen liege man bei der Grundschule Hundszell im zeitlichen Verzug. Allerdings sei dieser nicht so gravierend, dass man es nicht mehr schaffen könnte, parallel mit der Grundschule Haunwöhr fertig zu werden. Zur Grundschule Lessingstraße führt Herr Hoffmann aus, dass dort die Arbeiten bereits im Februar 2025 wiederaufgenommen worden seien. Derzeit werde auf der Baustelle an der Elektrik, dem Brandschutz, den Sanitäranlagen, der Messsteuerregeltechnik, der Lüftung, der Dämmung und dem Trockenbau gearbeitet. Herr Hoffmann erwähnt, dass er durch das Controlling nun auch einen verstärkten Blick auf den Fortschritt der Schulbaumaßnahme habe. Zusätzlich habe Oberbürgermeister Dr. Kern darum gebeten, alle zwei Wochen einen Bericht über die Mittelschule Süd-Ost und die Grundschule Lessingstraße hinsichtlich der jeweiligen Terminpläne zu erhalten. Aktuell gehe die Stadtverwaltung davon aus, dass man die Baumaßnahme an der Grundschule Lessingstraße bis zum Schuljahresbeginn 2025/26 abschließen könne. Zumal die Schulleitung betont habe, dass ein Umzug für die Schule außerhalb der Sommerferien nicht möglich sei. Zur Mittelschule Süd-Ost führt Herr Hoffmann aus, dass man bei diesem Bauvorhaben terminlich immer noch

kritisch sei. Allerdings habe man die derzeit laufenden Bauarbeiten deutlich beschleunigen können. Mittlerweile würden nun auch alle drei neu beauftragten Trockenbaufirmen auf der Baustelle arbeiten. Herr Hoffmann erwähnt, dass man einzig bei den Folgegewerken darauf achten müsse, dass diese genau so zügig in die Umsetzung einsteigen. Darüber hinaus werde das Hochbauamt einen Mitarbeiter fest mit einem eigenen Büro auf der Baustelle der Mittelschule Süd-Ost installieren. So könne man jeden Tag den Fortschritt der Firmen überprüfen und aufkommende Probleme schnell erkennen.

Stadtrat Dr. Schickel erwähnt, dass man von einer Fertigstellung der Grundschule Haunwöhr im 1. Quartal 2027 ausgehe. Insofern würde der Umzug der Schule zum Schuljahr 2027/28 geplant werden. Hierzu möchte er in Erfahrung bringen, ob der Bauteil Nord des Apian-Gymnasiums dann zum Schuljahr 2027/28 wieder frei werden würde.

Herr Hoffmann bestätigt, dass der Bauteil Nord des Apian-Gymnasiums zum Schuljahr 2027/28 wieder frei werde. Der Grund hierfür sei, dass man beim Schulbauprojekt Haunwöhr auch aufgrund des Spezialtiefbaus eine Verzögerung im Terminplan erhalten habe.

Stadtrat Reibenspieß möchte wissen, ob das Apian-Gymnasium zum Schuljahr 2027/28 dann wieder in die Räumlichkeiten des Bauteils Nord einziehen könnte.

Herr Hoffmann erklärt, dass man die Räume im Bauteil Nord des Apian-Gymnasiums als Auslagerungsflächen für Schulsanierungen verwenden möchte. Insofern würde auch das Apian-Gymnasium während seiner Sanierungszeit dort einziehen.

Der Sachstandsbericht Schulbaumaßnahmen wird den Ausschussmitgliedern bekannt gegeben.

Beratend

3. **Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH;
Ausübung der Gesellschafterrechte zur Namensänderung
(Referenten: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0134/25**

Antrag:

Der Stadtrat ermächtigt den Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Georgischen Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH, folgende Beschlussfassung herbeizuführen:

Die Gesellschaft führt künftig den Namen „Kammerphilharmonie Ingolstadt GmbH“.

Herr Breyer, Geschäftsführer des Georgischen Kammerorchesters Ingolstadt, weist darauf hin, dass die wesentlichen Argumente für die angestrebte Namensänderung in der vorliegenden Beschlussvorlage aufgeführt seien. Unter dem bisherigen Namen gestalte sich die Vermarktung des Orchesters vor allem im Bereich des Gastspiels problematisch, da man eigentlich ein breiteres Profil anbieten möchte. Eine solche Rückmeldung habe man auch von Veranstaltern und Agenturen erhalten, die den aktuellen Namen des Orchesters in der Weitervermarktung an ihre Besucherinnen und Besucher in Form von Programmen, die keinen georgischen Bezug aufweisen, als problematisch erachten. Herr Breyer schildert, dass man erst vor kurzem bei den Veranstaltern und Agenturen eine anonymisierte Umfrage zum Namen des Georgischen Kammerorchesters Ingolstadt gestartet habe. Hierbei habe die Mehrheit der bisherigen Umfrageteilnehmer angegeben, dass ihre Entscheidung, das Orchester zu buchen, nicht durch den Namen Georgisches Kammerorchester beeinflusst worden sei. Des Weiteren verbinde eine Mehrheit der Befragten mit dem aktuellen Namen des Orchesters auch nicht automatisch ein rein georgisches Programm. Allerdings verbinde die Mehrheit der Umfrageteilnehmer mit dem Namen Georgisches Kammerorchester sehr wohl ein Repertoire, das einen wie auch immer gearteten georgischen Bezug aufweise. Darüber hinaus seien rund 75 Prozent der Befragten der Meinung, dass ihr Publikum den aktuellen Namen des Orchesters mit einem bestimmten Stil oder einer bestimmten Nationalität verbinde. Zuletzt habe eine klare Mehrheit der Umfrageteilnehmer angegeben, dass ein neutralerer Name beispielsweise ohne einen geografischen Bezug die Vermarktung des Orchesters im Gastspielbereich erleichterten würde, wenn das Orchester nicht nur georgische Programme anbieten möchte. Herr Breyer weist darauf hin, dass die Umfrage derzeit noch bei den Veranstaltern und Agenturen laufe. Allerdings zeichne sich schon jetzt eine relativ klare Tendenz unter den Befragten ab.

Darüber hinaus habe auch die Audi AG als eine der Hauptponsoren des Georgischen Kammerorchesters Ingolstadt mitgeteilt, dass sie den Prozess der Namensänderung begrüße und das Orchester auf diesem Weg unterstützen werde. Herr Breyer betont, dass sich das Georgische Kammerorchester vor allem vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung darauf besinnen müsse, mit den vorhandenen Ressourcen das bestmögliche Ergebnis zu erreichen. Für den neunen Namen Kammerphilharmonie Ingolstadt spreche, dass es sich hierbei um einen klassischen Orchesternamen handle. An diesem Namen könne man klar erkennen, woher das Orchester komme und welches Repertoire es anbiete. Zumal es viele erfolgreiche Orchester gebe, die einen ähnlichen Namen tragen. Insofern würde es Herr Breyer begrüßen, wenn die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung diesen Prozess der Namensänderung unterstützen könnten.

Stadtrat Dr. Schuhmann teilt mit, dass er den Begründungen von Herrn Breyer bezüglich der Namensänderung des Georgischen Kammerorchesters mittlerweile nachkommen könne. Hierzu habe er auch viele Gespräche mit Leuten aus dem Bereich des Musikmanagements geführt. Stadtrat Dr. Schuhmann erläutert, dass sich die Zeiten verändert haben und der Begriff Georgisch in der jetzigen Zeit nicht mehr so relevant sei. Heutzutage könne sich beispielsweise fast keiner mehr daran erinnern, dass das Georgische Kammerorchester früher das beste Orchester der gesamten Sowjetunion gewesen sei. Die Meinung von Stadtrat Dr. Schuhmann zum vorgeschlagenen neuen Namen habe sich allerdings nicht verändert. Seiner Ansicht nach sei der Name Kammerphilharmonie Ingolstadt zu banal. Zumal der Begriff Kammerphilharmonie bereits von vielen Orchestern genutzt werde. Stadtrat Dr. Schuhmann weist darauf hin, dass es beispielsweise in Bremen eine Deutsche Kammerphilharmonie und in Augsburg eine Bayerische Kammerphilharmonie gebe. In Ingolstadt habe man die in der gesamten Musikszene einmalige Situation, dass ein Orchester einer anderen Nation hier eine neue Heimat gefunden habe. Aus diesem Georgischen Kammerorchester entwickle sich nun eine Kammerphilharmonie. Angesichts dessen sei nichts internationaler als die Tatsache, dass sich ein Orchester einer anderen Nation in einem anderen Land weiterentwickele. Deshalb sei bereits im Jahr 2020 die Idee aufgekommen, den Namen des Orchesters in Internationale Kammerphilharmonie Ingolstadt zu ändern. Stadtrat Dr. Schuhmann teilt, dass er sich diesem Namensvorschlag uneingeschränkt anschließen könnte. Seiner Ansicht nach könnte man mit einem solchen Namen eine weitaus bessere Werbung betreiben als nur mit dem so oft vertretenen Begriff Kammerphilharmonie.

Zumal man in Ingolstadt leider keine so große Strahlkraft habe, wie beispielsweise eine Kammerphilharmonie München oder Wien. Deshalb bittet Stadtrat Dr. Schuhmann darum, über seinen Namensvorschlag, das Georgische Kammerorchester Ingolstadt in Internationale Kammerphilharmonie Ingolstadt umzubenennen nachzudenken.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stimmt Stadtrat Dr. Schuhmann zu, dass das Georgische Kammerorchester Ingolstadt in der Tat international sei. Dies könne man am derzeitigen Dirigenten, den Musikern, aber auch an den Wurzeln des Orchesters erkennen. Insofern könne man sehr wohl über den Namensvorschlag von Stadtrat Dr. Schuhmann nachdenken. Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll gibt zu bedenken, dass der Name des Orchesters dann allerdings schon etwas lang werde.

Herr Breyer erwähnt, dass er die Überlegungen von Stadtrat Dr. Schuhmann verstehe. Allerdings würde seine Begründung auch ein Stück weit ins Leere gehen, da jedes Orchester international sei. Zumal im Georgische Kammerorchester sogar weniger Nationen vertreten seien als in den meisten anderen Orchestern. Herr Breyer erklärt, dass die meisten Orchester zwischen 14 und 16 Nationen umfassen. Insofern sei dieser internationale Aspekt kein Alleinstellungsmerkmal für das Georgische Kammerorchester Ingolstadt. Gleichzeitig mache die Länge des Namens das Orchester in der Außendarstellung auch nicht unbedingt attraktiver. Herr Breyer stimmt Stadtrat Dr. Schuhmann zu, dass der Name Kammerphilharmonie von mehreren Orchestern verwendet werde. Dies gelte allerdings auch für den Begriff Kammerorchester.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass man die Anregung von Stadtrat Dr. Schuhmann für den weiteren Prozess mitnehmen werde. Auf die Länge des Namens bezogen entgegnet sie, dass man sich nach der Namensänderung dann ohnehin ein neues Logo und eine neue Abkürzung für das umbenannte Orchester überlegen müsse.

Stadträtin Krumwiede schildert, dass die geplante Namensänderung bei der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zunächst für Unbehagen gesorgt habe. Da die Wurzeln des Georgische Kammerorchester in Georgien liegen, könnte man auf der einen Seite hier fast von einer kulturellen Aneignung sprechen. Wenn man es positive betrachte, sei es andererseits allerdings das, was man sich in der Stadt immer gewünscht habe.

Nämlich, dass das Georgische Kammerorchester zu Ingolstadt gehöre. Deshalb könne man der geplanten Namensänderung auch etwas Positives abgewinnen, teilt Stadträtin Krumwiede mit. Zudem begrüße sie die von Herrn Breyer bereits erwähnte und durchgeführte Umfrage bei den Veranstaltern und Agenturen hinsichtlich der Namensänderung. Wenn beim Publikum mit dem aktuellen Namen des Orchesters die Erwartungshaltung einhergehe, dass das Georgische Kammerorchester ein georgisches Repertoire spielt, möchte Stadträtin Krumwiede wissen, ob mit der Namensänderung auch eine Änderung des Repertoires angedacht sei. Darüber hinaus verweist sie darauf, dass dem Stadtrat im Jahr 2020 das Gutachten zur Weiterentwicklung des Georgischen Kammerorchesters mit entsprechenden Zukunftsszenarien vorgestellt worden sei. Stadträtin Krumwiede berichtet, dass das damalige Gutachten drei Entwicklungsziele für das Georgische Kammerorchester Ingolstadt beinhaltet habe. Das dritte Entwicklungsziel habe hierbei vorgesehen, dass das Orchester erst nach einer personellen Aufstockung auf 30 Planstellen in Kammerphilharmonie Ingolstadt umbenannt werden sollte. In Anbetracht der aktuellen Haushaltslage sei dieses damalige Ziel heute völlig utopisch. Zwar handle es sich beim Namen Kammerphilharmonie um keinen feststehenden Begriff, jedoch gehe damit eine andere Erwartungshaltung einher als mit dem Namen Georgisches Kammerorchester und seinen derzeit besetzten 16 Planstellen. Insofern besteht für Stadträtin Krumwiede nach wie vor das Problem, dass man mit der Namensänderung falsche Erwartungen wecke. Zumal mit der Umbenennung in Kammerphilharmonie Ingolstadt faktisch gesehen ein neues Orchester auf den Markt komme, das bei den Veranstaltern und Agenturen unter diesem Namen noch völlig unbekannt sei. Angesichts dessen müsste mit der Namensänderung parallel eine größere Marketingoffensive gestartet werden, um den Bekanntheitsgrad des dann umbenannten Orchesters zu steigern. Allerdings stehe hierfür angesichts der aktuellen Haushaltslage auch kein Geld zur Verfügung, so Stadträtin Krumwiede. Zumal es derzeit seitens der Sponsoren auch keine Zusagen gebe, mehr Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, wenn das Orchester anders heißen würde. Auch von den Veranstaltern liegen keine Aussagen vor, dass sie das Georgische Kammerorchester nur nach einer erfolgten Namensänderung buchen würden. Insofern handle es sich bei der geplanten Namensänderung viel mehr um eine atmosphärische Sache. Stadträtin Krumwiede teilt mit, dass man einem ordentlichen Prozess zur Umbenennung des Orchesters zustimmen könnte, der vorliegenden eiligen Namensänderung jedoch nicht.

Herr Grandmontagne erwähnt, dass er die von Stadträtin Krumwiede vorgebrachten Gedanken zum Thema der Namensänderung aus der Sicht des Stadtrates für richtig erachte. Das Orchester und dessen künstlerische Leitung betrachte die Namensänderung hingegen als eine Perspektivänderung. Herr Grandmontagne schildert, dass es im Georgischen Kammerorchester noch nie die Finanzmittel für eine große Marketingkampagne gegeben habe. Seiner Ansicht nach werden solche Gelder hierfür auch in den nächsten Jahren nicht zur Verfügung stehen. Zwar habe es einen gewissen theoretischen Charme, den richtigen Moment zur Umsetzung der im Metrum-Gutachten vorgestellten Entwicklungsziele abzuwarten. Allerdings sei die im Gutachten vorgeschlagene personelle Aufstockung des Orchesters fern von all den Debatten, die Herr Grandmontagne in den letzten neun Monaten im Stadtrat erlebt habe. Noch viel ferner sei dieses Ziel vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Lage, die man in den nächsten Jahren erwarte. Angesichts dessen könne man sich auch die Frage stellen, warum man nicht jetzt eine Namensänderung beim Georgischen Kammerorchester vornehmen sollte. Herr Grandmontagne schildert, dass das Orchester in den letzten Jahren einen sehr starken Qualitätsschub auch in der musikalischen Arbeit erlebt habe. Zudem haben sich auch die Zuschauerzahlen über die vergangenen Jahre sehr positiv entwickelt. Deshalb werde derzeit über eine zweite Konzertreihe nachgedacht, um vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Drucks entsprechende Eigeneinnahmen produzieren zu können. Darüber hinaus schwele die Frage nach dem Namen des Orchesters schon sehr lange, sodass sie langsam zu einer Belastung für das Orchester werde. Angesichts der düsteren wirtschaftlichen Prognosen für die kommenden Jahre herrsche in weiten Teilen des Orchesters das Gefühl, dass man jetzt ein positives Signal benötige, um die Weiterentwicklung des Georgischen Kammerorchesters anzustoßen. Wenn die Diskussion über die Namensänderung allerdings wieder ins Schleppen gerate, sieht Herr Grandmontagne die Gefahr, dass sich dies schlecht auf die Motivation und die Weiterentwicklung des Orchesters auswirken könnte. Zumal man die Erfahrung gemacht habe, dass das Orchester von Veranstaltern erst eingeladen werde, nachdem erklärt worden sei, dass das Georgische Kammerorchester keine georgische Musik spiele. Dies stelle einen Wettbewerbsnachteil dar, der die musikalische Weiterentwicklung des Orchesters hemme. Deshalb unterstützt Herr Grandmontagne den vorliegenden Weg der Namensänderung des Georgischen Kammerorchesters.

Herr Breyer verweist darauf, dass das Repertoire des Georgischen Kammerorchesters noch nie rein georgisch gewesen sei. Dies solle auch weiterhin so bleiben. Allerdings sei es auch für die zukünftige DNA des Orchesters wichtig, dass man das georgische Erbe in der Spielweise, in der Art der Musikerauswahl und in der Programmatisik bewahre. Insofern biete man auch weiterhin georgische Programme an, sofern dies von Veranstaltern gewünscht werde. Da das Orchester allerdings mehr könne, möchte man nicht daran gehindert werden, auch andere Programme zu spielen, die keinen georgischen Bezug aufweisen. Herr Breyer weist darauf hin, dass das Georgische Kammerorchester eine besondere Kompetenz im Bereich der georgischen Musik besitze. Diese Fähigkeit könne man auch glaubhaft anhand der Gesichtchen des Orchesters belegen, auf die man auch nach der Namensänderung weiterhin hinweisen werde. Hinsichtlich der aktuellen Größe des Orchesters wäre eigentlich der Name Kammerorchester Ingolstadt zielführender, erklärt Herr Breyer. Jedoch sei diese Bezeichnung bereits durch den aktuellen Namen Georgisches Kammerorchester Ingolstadt vergeben. Auch alternative Begriffe wie Camerata oder Sinfonietta treffen bezüglich der Größe eines Orchesters keine Aussage. Gleichzeitig gebe es allerdings auch keine rechtliche Definition, dass eine Kammerphilharmonie eine bestimmte Anzahl an Stellen aufweisen müsse. Angesichts der derzeitigen Haushaltslage ist Herrn Breyer bewusst, dass man momentan nicht über zusätzliche Stellen im Orchester diskutieren könne. Insofern sei die Möglichkeit einer personellen Aufstockung des Orchesters in absehbarer Zeit auch nicht gegeben. Abschließend stellt Herr Breyer klar, dass es durchaus Veranstalter und Agenturen gebe, die das Georgische Kammerorchester Ingolstadt aufgrund seines derzeitigen Namens nicht engagieren möchten. Allerdings werde man von den Veranstaltern und Agenturen solche Aussagen niemals schriftlich vorgelegt bekommen.

Stadtrat Köhler begrüßt es, dass Stadtrat Dr. Schuhmann die Gründe für eine Namensänderung des Georgischen Kammerorchesters mittlerweile nachvollziehen könne. Stadtrat Köhler schildert, dass der Name des Orchesters bereits im Jahr 2010 ein Thema gewesen sei, als er noch die Geschäfte des Georgischen Kammerorchesters geführt habe. Als das Georgische Kammerorchester nach Ingolstadt gekommen sei, habe es sich damals noch um ein bekanntes Orchester gehandelt. Allerdings sei die Geschichte des Orchesters über die Jahre vor allem bei den Besucherinnen und Besuchern der Gastspiele in Vergessenheit geraten. Zudem sei der Name des Orchesters mit der Zeit auch aufgrund von politischen Veränderungen in der Welt etwas ins Negative geraten.

Insofern habe Stadtrat Köhler am Ende seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Georgischen Kammerorchesters genau die gleichen Erfahrungen gemacht, wie Herr Breyer heute. Damals sei jedoch die Zeit für eine Namensänderung noch nicht reif gewesen. Angesichts dessen plädiert Stadtrat Köhler dafür, den Schritt der Umbenennung des Georgischen Kammerorchesters Ingolstadt nun endgültig vorzunehmen.

Stadtrat Dr. Schickel teilt mit, dass er den Vorschlag von Stadtrat Dr. Schuhmann, das Georgische Kammerorchester in Internationale Kammerphilharmonie Ingolstadt umzubenennen, ganz charmant finde. Nichtsdestotrotz ist er der Meinung, dass man die Entscheidung des Orchesters bezüglich einer Namensänderung respektieren sollte. Auch nach Rücksprache mit einigen Orchestermitgliedern könne man von dort aus durchaus ein positives Signal für eine Umbenennung vernehmen. Insofern sollte man als Stadtrat die Entscheidung zur Namensänderung auch so annehmen und mittragen. Zumal man damit einer Weiterentwicklung des Orchesters entsprechend unterstützend beistehen würde.

An Stadtrat Dr. Schuhmann gewandt möchte Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll in Erfahrung bringen, ob er seinen Vorschlag, das Georgische Kammerorchester Ingolstadt in Internationale Kammerphilharmonie Ingolstadt umzubenennen, als Änderungsantrag abgestimmt haben möchte.

Stadtrat Dr. Schuhmann könne es nicht nachvollziehen, dass sein Vorschlag offensichtlich nur als charmant und nicht als annehmbar betrachtet werde. Mit dem Georgischen Kammerorchester habe man europaweit gesehen ein einzigartiges Orchester in Ingolstadt. Laut Herrn Breyer habe man in Bremen und in Augsburg zuerst die Idee gehabt, den dortigen Orchestern den Namen Deutsche beziehungsweise Bayerische Kammerphilharmonie zu geben. Angesichts dessen stellt Stadtrat Dr. Schuhmann die Frage in den Raum, warum man in Ingolstadt nicht auch als erste die Idee haben könne, das Orchester in Internationale Kammerphilharmonie Ingolstadt umzubenennen. Deshalb stellt er den Änderungsantrag, dass die Georgische Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH künftig den Namen Internationale Kammerphilharmonie Ingolstadt GmbH führen solle.

Stadträtin Krumwiede entgegnet, dass nicht das gesamte Orchester hinter der geplanten Namensänderung stehe. Ein Teil der Orchestermitglieder möchte der Umbenennung nur nicht im Wege stehen, wenn diese sowohl vom künstlerischen Leiter als auch von der Geschäftsführung vorgeschlagen werde. Gerade weil das Orchester jedoch einzigartig und aufgrund seiner Wurzeln im Musikbereich georgisch geprägt sei, könnte man den Namen Georgisches Kammerorchester auch beibehalten. Hinsichtlich des Vorschlags von Stadtrat Dr. Schuhmann stimmt Stadträtin Krumwiede der Aussage von Herrn Breyer zu, dass heutzutage jedes Orchester aufgrund einer multinationale Besetzung international aufgestellt sei. Insofern sollte man bei der Diskussion über die Namensänderung eine weitere Beratungsschleife ziehen. Deshalb wird die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung ablehnen, betont Stadträtin Krumwiede.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag von Stadtrat Dr. Schuhmann, dass die Georgische Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH künftig den Namen „Internationale Kammerphilharmonie Ingolstadt GmbH“ führt:

Gegen 1 Stimme:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0134/25:

Gegen 5 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

- 4 . Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH;
Ausübung der Gesellschafterrechte zur Mittelfristplanung 2026 bis 2028
(Referenten: Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0129/25**

Antrag:

Die Mittelfristplanung 2026 bis 2028 der Georgisches Kammerorchester Ingolstadt Konzertgesellschaft mbH wird genehmigt.

Anhand der vorliegenden Beschlussvorlage könne man erkennen, dass die Umsetzung der im Rahmen der Haushaltskonsolidierung notwendigen Einsparmaßnahmen ein Kraftakt gewesen sei, führt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll aus. Nichtsdestotrotz könnte sich auch das Georgische Kammerorchester Ingolstadt nicht den Einsparvorgaben entziehen. Die vorliegende Beschlussvorlage zeige allerdings auch, dass das Orchester bei den Einsparmaßnahmen an die Grenze des Vertretbaren gegangen sei.

Stadtrat Lipp weist darauf hin, dass der Betriebskostenzuschuss der Stadt Ingolstadt für das Georgische Kammerorchester Ingolstadt trotz der vorliegend aufgezeigten Einsparungen weiter steige. Vor ein paar Jahren habe der Stadtrat bereits darüber diskutiert, ob man diesen Betriebskostenzuschuss nicht auf eine Million Euro deckeln sollte.

Bezüglich einer Deckelung des Betriebskostenzuschusses führt Herr Breyer, Geschäftsführer des Georgischen Kammerorchesters Ingolstadt, aus, dass der Stadtrat der tariflichen Einstufung des Orchesters zugestimmt habe. Dies habe zur Konsequenz, dass die Gehälter innerhalb des Orchesters jährlich steigen. Wenn man nun den Betriebskostenzuschuss deckeln würde, hätte man eine faktische Kürzung der Finanzmittel, die das Orchester nicht abdecken könnte. Zumal die Personalkosten für das Orchester die überwiegenden Kosten darstellen, erklärt Herr Breyer. Insofern hält er die Sinnhaftigkeit einer Deckelung des Betriebskostenzuschusses für höchst zweifelhaft. Hinsichtlich der vorliegenden Mittelfristplanung führt Herr Breyer aus, dass man vor allem im künstlerischen Bereich sowie beim Marketing entsprechende Einsparungen vornehmen könnte, da es sich in diesen beiden Bereichen im Wesentlichen nur um variable Kosten handle. Gleichzeitige seien sowohl der Marketingbereich als auch der künstlerische Bereich für den Erfolg verantwortlich, den man in der jüngsten Vergangenheit mit dem Orchester hingelegt habe. Im Marketingbereich habe man zum einen die Werbemaßnahmen insbesondere für das Abonnement extrem verbessert und ausgeweitet. Zum anderen sei es Herrn Ariel Zuckermann als künstlersicher Leiter des Georgischen Kammerorchesters Ingolstadt gelungen, sehr anspruchsvolle und abwechslungsreiche Programme zu erstellen, die trotzdem beim Publikum ankommen. Herr Breyer teilt mit, dass man beim Abonnement, das 12 Konzerte umfasse und den Kernbereich des Orchesters bilde, keine Einsparungen vornehmen möchte. Stattdessen werde man die Konzertreihe der Barockkonzerte, die eigentlich sehr erfolgreich und beliebt gewesen seien, nicht mehr fortführen. Zudem werde es auch ein Familienkonzert pro Jahr weniger geben.

Diese Einsparungen seien deshalb schmerhaft, da man diese Konzerte nicht mangels Nachfrage, sondern rein aus Kostengründen streichen müsse.

Herr Grandmontagne teilt mit, dass man beim Georgischen Kammerorchester mit den vorliegenden Einsparungen das absolute Ende der Fahnenstange bei den möglichen Einsparpotenzialen erreicht habe. Wer jetzt noch die Deckelung des Betriebskostenzuschusses fordere, müsste ehrlicherweise die Auflösung des Orchesters fordern. Zumal das Georgische Kammerorchester im Vergleich zu anderen Orchestern noch sehr günstig sei. Man erhalte von den derzeit 16 besetzten Orchesterstellen eine hohe musikalische Qualität und das in der geringstmöglichen Vergütung, die der Tarifvertrag für die Musiker in Konzert- und Theaterorchestern (TVK) vorsehe. Zwar sei das Georgisch Kammerorchester als Kulturorchester der Spitzenstufe A (TVK-A) eingeordnet, allerdings komme diese Stufe nur mit einem Abschlag von 25 Prozent zur Anwendung. Auch in der vorherigen Diskussion zur Namensänderung des Georgischen Kammerorchester habe man vernehmen können, wie bedeutsam das Orchester für die Stadt Ingolstadt sei. Wer jetzt noch weiter an dem Orchester sparen möchte, der mache es schlussendlich kaputt, betont Herr Grandmontagne. Insofern verwahre er sich beim Georgischen Kammerorchester weiteren Forderungen nach Einsparungen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass sie sich den Ausführungen von Herrn Grandmontagne anschließen könne. Anhand der vorliegenden Zahlen könne man erkennen, dass beim Georgischen Kammerorchester nicht unerheblich gespart werde. Deshalb könne man dem Orchester nicht noch mehr Einsparungen abverlangen, ohne es dabei nicht kaputt zu sparen.

Stadtrat Dr. Schickel teilt mit, dass man beim Georgischen Kammerorchester im Bereich der Einsparungen den Kippunkt erreicht habe. Wenn man bei den Einsparungen nun noch einen Schritt weitergehen würde, würde man das Orchester in den Ruin treiben. Dies möchte Stadtrat Dr. Schickel nicht zu verantworten haben. Einerseits verlange man vom Georgischen Kammerorchester eine Steigerung bei den Einnahmen, die man nur erreichen könne, wenn sich das Orchester qualitativ auf einem entsprechenden Niveau bewege. Auf der anderen Seite fordere man allerdings Einsparungen, die genau diese Qualitätssteigerung verhindern. Insofern könne Stadtrat Dr. Schickel für einen Teil der CSU-Stadtratsfraktion sagen, dass bei den Einsparungen beim Georgischen Kammerorchester das Ende erreicht sei.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Bekanntgabe

5. **Stadttheater Ingolstadt Spielplan 2025/2026**
 (**Referent: Herr Grandmontagne**)
 Vorlage: V0116/25

Bekanntgabe:

Der Spielplan des Stadttheaters Ingolstadt für die Spielzeit 2025/2026 wird bekannt gegeben.

Herr Brunner, Intendant des Stadttheaters Ingolstadt, führt aus, dass das Stadttheater Ingolstadt für ein weltoffenes Theater stehe. Eines, das sich mit den Menschen beschäftige und sie mit ästhetischem Kunstananspruch ins Zentrum stelle. Man befindet sich in einer Zeit, in der die Schwierigkeiten und Probleme so stark auf die Gesellschaft wirken, dass Menschen nach Orientierung, Gemeinschaft und Ablenkung suchen würden. Nachdem die Pandemie die Menschen zwangswise vereinzelt habe, bestehet weiterhin das Gefühl, dass die Menschheit nicht gänzlich aus einem Gefühl des allein und orientierungslos Seins herausgefunden habe. Das Theater stehe dafür, dass man zusammen etwas erleben, diskutieren, einander begegnen und sich austauschen könne. Insofern handle es sich hierbei um einen Ort der Empathie sowie der Kunst- und Gedankenfreiheit. Mitfühlen, unterschiedliche Positionen im Kopf zu bewegen und durch Kunst einen anderen Blick auf Themen zu erhalten, seien wichtig für unsere Demokratie. Seit Jahrtausenden beschäftige sich das Theater mit der Erkenntnis, dass es eben keine einfachen Lösungen für komplexe Probleme gebe. Zu vielschichtig sei der Mensch in seinem Fühlen und Handeln, zu verführbar und zu fragil. Für eine offene und machtkritische Gesellschaft benötige man viele Denkende und Handelnde, die einander in Gemeinschaft und Diversität zuhören. Deshalb könne man das Theater als Training für Bekanntes, Lieb gewonnenes, aber auch Unbekanntes beziehungsweise Ungeahntes verstehen. Darum sei es wichtig, Offenheit und Zugewandtheit zu bewahren. Das Stadttheater Ingolstadt möchte im Möglichkeitsraum Theater mit dem Publikum über Themen und Gegenstände, Stadt und Welt in Kontakt kommen. Man möchte über Fragen des Miteinanders diskutieren und dabei das Lachen nicht verlieren.

Das Theater bewege sich irgendwo zwischen Freiheit und Verantwortung und erzeuge Geschichten, die die Menschen staunen lassen und die wichtig seien, erzählt zu werden. Herr Brunner erklärt, dass man Linien und thematische Schwerpunkte im neuen Programm gesetzt habe. Eine allumfassende Formel beziehungsweise ein allumfassendes Motto werde man allerdings nach wie vor beim Stadttheater Ingolstadt vergebens suchen. Krieg, Chaos, Rechtsruck, Inflation, die politische Weltlage bereite Sorge, mitunter sogar Angst. Daraus ergebe sich die Frage, wie die Menschen am besten damit umgehen sollen. Hierzu gebe die Psychiaterin Katharina Domschke jüngst in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung interessante gedankliche Impulse. Sie empfehle, Angst in Sorge umzubenennen, denn Angst sei nicht greifbar, sondern man sei ihr ausgeliefert. Sorge sei hingegen zielgerichtet und konstruktiv, denn in ihr stecken auch Fürsorge und Vorsorge. Die Sorgen würden an Relevanz verlieren, wenn man begreife, dass das Hier und Jetzt in Ordnung sei. Und man feststelle, dass es einen um die Gegenwart bringe, wenn man sich den ganzen Tag nur mit den Zukunftssorgen beschäftige. Es sei gut, Sorgen miteinander zu teilen, aber oft würden Menschen einfach nur ihre Ängste auf den Tisch legen, wo sie dann unbehandelt vor sich hin wabern. Oder man suhle sich gemeinsam in Betroffenheit, was auch nicht besonders konstruktiv sei. Lagerbildung diene der Sicherheit und der Identifikation. Lagerbildung gebe Halt und Kontrolle. Das Denken ohne Geländer, wie es einst die politische Theoretikerin und Publizistin Hannah Arendt beschrieben habe, könne man sich nur aus der inneren Freiheit heraus erlauben. Damit sei definitiv auch die Freiheit von Angst gemeint. Angst baue Geländer und so komme es zur Lagerbildung. Bereits durch den Philosophen Niccoló Machiavelli sei beschrieben worden, wie gut man über Angst die Bevölkerung im Griff habe. Herr Brunner schildert, dass die neue Spielzeit 2025/26 des Stadttheaters Ingolstadt den herausfordernden Zeiten in Ingolstadt und der Welt mit einem vielfältigen und farbigen Angebot an zeitgenössischem Theater begegnen möchte. Mit einigen Stückaufträgen werde das Stadttheater Ingolstadt von hier aus die Welt betrachten, den Stückekanon von heute aus untersuchen und zum Diskurs anregen. Zudem möchte man regionale Themen finden und erweitern und natürlich auch für unterhaltsame Abende sorgen.

Anschließend stellen Frau Biel, Frau Walter und Frau Mayr, allesamt Mitglieder der Theaterleitung des Stadttheaters Ingolstadt, abwechselnd einige Highlights des neuen Spielplans 2025/26 anhand des Spielzeitheftes vor. Zudem gibt Frau Schäfer, Stadtdramaturgin am Stadttheater Ingolstadt, anhand des Spielzeitheftes einen Ausblick auf das Programm der Stadtdramaturgie für die kommende Spielzeit.

Das in der Ausschusssitzung ausgeteilte Spielzeitheft liegt der Niederschrift als Anlage bei. Insofern wird auf eine detaillierte Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Herr Brunner weist darauf hin, dass man in der nächsten Spielzeit insgesamt drei Festivitäten am Stadttheater Ingolstadt begehen werde. Die wichtigste Feierlichkeit stelle dabei der Festakt zum 60. Jahrestag des Hämer-Baus am 21.01.2026 dar. In diesem Rahmen werde die Bevölkerung dazu eingeladen, sich durch den Hämer-Bau zu bewegen, um dabei mit dem Performancekollektiv Frl. Wunder AG in einer festlichen Rückschau das Gebäude lieben zu lernen und leben zu lassen. Herr Brunner teilt mit, dass dieser Festakt den Titel „Raffinierte Zeiten: die Öl-Oper“ tragen werde.

Der Spielplan des Stadttheaters Ingolstadt für die Spielzeit 2025/26 wird den Ausschussmitgliedern bekannt gegeben.

Bekanntgabe

6. **Bericht über die europäischen und städtepartnerschaftlichen Aktivitäten des Referats für Kultur und Bildung, Amt für Internationale Beziehungen und Kulturverwaltung im Jahr 2024**
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0095/25

Bekanntgabe:

Der Bericht über die europäischen und städtepartnerschaftlichen Aktivitäten des Referats für Kultur und Bildung, Amt für Internationale Beziehungen und Kulturverwaltung, wird bekanntgegeben

Auf Grundlage dieses Berichtes hat sich die Stadt Ingolstadt erneut um den „Europa-preis“ der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beworben. Die Preisträger werden Ende April 2025 bekanntgegeben.

Den Ausschussmitgliedern wird der Bericht bekannt gegeben.

7. **80 Jahre Kriegsende – Überblick über die in Ingolstadt geplanten Veranstaltungen anlässlich des Jahrestages**

Bekanntgabe

- **Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.03.2025**
Vorlage: V0151/25

Antrag:

Daher stellen wir für die Sitzung des Kultur- und Bildungsausschusses am 25. März 2025 folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung gibt einen Überblick über die von Seiten der Ingolstädter Schulen, Vereine und Kirchen geplanten Veranstaltungen im Umkreis des historischen Jahrestages.
2. Die Stadt Ingolstadt richtet eine dem Anlass angemessene zentrale städtische Veranstaltung zum Kriegsende aus.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe **Mündlicher Bericht Herr Grandmontagne**.*

Bekanntgabe

- **Mündlicher Bericht Herr Grandmontagne**

Herr Nicklaus, stellvertretender Leiter des Zentrums Stadtgeschichte, stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Programm zu 80 Jahre Kriegsende vor, das vom Zentrum Stadtgeschichte gemeinsam mit den Vereinen und Ehrenamtlichen vor Ort zusammengestellt worden ist. Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt fest, dass im Rahmen des Jahrestages 80 Jahre Kriegsende durchaus ein großes Programm an Veranstaltungen durch die Schulen, den Historischen Verein und durch verschiedene ehrenamtliche sowie hauptamtliche Akteure geboten sei.

Stadträtin Krumwiede teilt mit, dass die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine andere Erwartungshaltung gehabt habe, wie man in Ingolstadt an 80 Jahre Kriegsende gedenke. So hätte man sich unter anderem eine große Ausstellung mit aufgezeichneten Berichten aus den unterschiedlichen Perspektiven von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie mit historischen Fotos und Dokumenten im Zentrum Stadtgeschichte gewünscht.

Zudem hätte die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Kooperation mit Kulturinstitutionen zum Thema 80 Jahre Kriegsende begrüßt, denn in vielen anderen Städten finde eine solche künstlerische Auseinandersetzung mit diesem Thema statt. Darüber hinaus hätte man sich auch viele diverse Veranstaltungen mit Experten gewünscht. Hierbei verweist Stadträtin Krumwiede auf die entsprechenden Programme der Städte Würzburg und München zu 80 Jahre Kriegsende. Zwar verfolge das vorgestellte Programm interessante Ansätze, allerdings wirke es so, als hätte man es auf den letzten Drücker improvisiert. Stadträtin Krumwiede ist der Meinung, dass man nicht jedes Thema Schülerinnen und Schülern zumuten könne. Hier spiele sie auf das vorgestellte Schülerprojekt „Splitterschutzgraben“ an, das auch schon im DONAUKURIER kritisch betrachtet worden sei. Stadträtin Krumwiede ist davon überzeugt, dass sich Schülerinnen und Schüler mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen möchten. Dabei möchten sie sich jedoch weniger mit Splitterbomben auseinandersetzen, sondern viel mehr in Erfahrung bringen, was sie konkret gegen Rechtsextremismus unternehmen können. Darüber hinaus könnte Stadträtin Krumwiede auch nicht ganz nachvollziehen, warum man am Tag der Befreiung am 08. Mai die Archäologie ins Zentrum setze. Des Weiteren vermisste sie im vorgestellten Programm auch die Perspektiven der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die zusammen mit den Militärinternierten aus Italien auch Opfer der Bombenangriffe der letzten Kriegsjahre wurden. Zudem kommen ihr auch die Schicksale der Displaced Persons im geplanten Programm zu kurz. Stadträtin Krumwiede betont, dass sie auch die Perspektive derjenigen vermisste, die nach Kriegsende traumatisiert aus den Konzentrationslagern zurückgekehrt sein. Außerdem finden die Schicksale der Opfer der Bombenangriffe auf Ingolstadt im vorgestellten Programm eine zu geringe Berücksichtigung. Des Weiteren spiegelt das Programm auch die Geschichte der gescheiterten Entnazifizierung und die Mühen des Aufbaus einer Demokratie nicht ausreichend wider. Wenn allerdings dieser Kontext nur am Rande behandelt werde, dann würden die Gedenkveranstaltungen am 08. und 09. April zum Gedenken an die Opfer von Bombenangriffen so wirken, als würde man an die Opfer von Terrorangriffen gedenken. Bei den Bombenangriffen habe es sich allerdings nicht um einen Terrorangriff, sondern um einen Krieg gegen den Nationalsozialismus gehandelt. Insofern werde das vorgestellte Programm zu 80 Jahren Kriegsende den Menschen und ihren erlittenen Schicksalen nicht gerecht, betont Stadträtin Krumwiede. Es wirke so, als würde man den großen Diskurs zu diesem Thema ausweichen wollen. Anstatt die Menschen und ihre unterschiedlichen Perspektiven ins Zentrum dieses Jahrestages zu stellen, gehe es im vorgestellten Programm stattdessen um Archäologie, Splitterbomben und zerstörte Kirchen.

Stadträtin Krumwiede ist bewusst, dass für eine Überarbeitung des Programms der Stadt Ingolstadt zu 80 Jahren Kriegsende keine Zeit mehr bleibe. Allerdings hätte sich die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Berücksichtigung der angesprochenen fehlenden Themen im Programm gewünscht. Von daher habe die Stadt Ingolstadt im Vergleich zu anderen Städten hier eine entsprechende Chance verpasst. Stadträtin Krumwiede teilt mit, dass sich die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trotzdem weiterhin eine städtische Veranstaltung am 08. Mai zum Tag der Befreiung wünsche, bei der man mit beispielsweise einer Lesung, Musik oder Reden von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ein würdiges Gedenken schaffe.

Ein solch umfassendes Veranstaltungsprogramm, wie es die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordere, hätte man sehr lange vorbereiten müssen, teilt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll mit. Ein solches Programm schnell zu erarbeiten, werde nur schwer möglich sein. Nichtsdestotrotz müsse man die Kritik der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am Programm zu 80 Jahren Kriegsende ernst nehmen. Vielleicht hätte man von längerer Hand vorbereitet noch mehr an Programm zu diesem Jahrestag bieten können, erwähnt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. An dieser Stelle könne man allerdings nicht behaupten, dass in der Stadt Ingolstadt zum Thema Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus nichts geschehe. Hierbei verweist sie auf die beim Institut für Zeitgeschichte in Auftrag gegebene Studie, die die Geschichte Ingolstadts während der Zeit des Nationalsozialismus umfänglich untersuchen solle. Zudem wurde mit der sechsteiligen Filmserie „4471 Tage“ von Florian Schiekofer eine sehr sehenswerte Dokumentation für ein breites Publikum geschaffen. Die Filmserie beschäftige sich dabei nicht nur mit dem Kriegsende, sondern setze auch einen Schwerpunkt auf die gesamte Geschichte Ingolstadts während der Zeit des Nationalsozialismus.

Herr Grandmontagne führt aus, dass man natürlich mehr und auch andere Programmpunkte planen hätte können. Allerdings sei dies in der Kürze der Zeit, in der er das Amt des Referenten für Kultur und Bildung übernommen habe, nicht möglich gewesen. Auch das Zentrum Stadtgeschichte hätte sich noch andere Dinge vorstellen können. Allerdings besitze das Referat für Kultur und Bildung weder die personellen Ressourcen noch die nötigen Finanzmittel, um ein solch umfangreiches Programm, wie es von der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert werde, aufstellen zu können. Herr Grandmontagne erwähnt, dass man innerhalb der Stadt Ingolstadt im Vergleich zu anderen bayerischen Städten nicht einmal eine Stelle für den Bereich der Erinnerungskultur habe.

Wenn man allerdings in Ingolstadt eine solche Erinnerungskultur haben möchte, dann müsse man hierfür auch die entsprechenden Strukturen schaffen. Deshalb findet es Herr Grandmontagne lobenswert, dass das Zentrum Stadtgeschichte trotz der geringen personellen Ressourcen und Finanzmittel ein solches Programm zu 80 Jahren Kriegsende habe aufstellen können. Insofern empfinde er die Kritik der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am vorgestellten Programm als sehr hart formuliert. Man hätte sehr wohl mehr Programmpunkte zum Jahrestag 80 Jahre Kriegsende aufstellen können, jedoch befindet sich Herr Grandmontagne auch in der Situation, in der die Ansprüche immer weiter steigen, die hierfür benötigten Finanzmittel jedoch immer weniger werden. Dies sei ein Widerspruch, den er an dieser Stelle nicht mehr auflösen könne.

Stadtrat Dr. Schickel entgegnet, dass er gar nicht tiefer in die Diskussion einsteigen möchte, da die geäußerte Kritik der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tatsächlich etwas verletzend gewesen sei. Nichtsdestotrotz möchte er auf einen Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 21.02.2024 verweisen, in dem man gefordert habe, dass sich die Stadt Ingolstadt mit dem Thema 80 Jahre Kriegsende und den verschiedenen Aspekten sowie Dimensionen auseinandersetzen sollte. Dass eine umfangreichere Auseinandersetzung mit dieser Thematik aus verschiedenen Gründen nun nicht möglich gewesen sei, sei ein Aspekt. Auf der anderen Seite sei es verletzend, wenn man die von vielen Akteuren zu dem vorgestellten Programm unternommenen Anstrengungen auf die erfolgte Art und Weise klein- und kaputtredet. Hiergegen möchte sich Stadtrat Dr. Schickel ausdrücklich verwahren.

Mit der geäußerten Kritik möchte die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lediglich ein Defizit aufzeigen, das den Stadtrat gleichermaßen betreffe, betont Stadträtin Leininger. Insofern sollte man die geäußerte Beanstandung an dem vorgestellten Programm zu 80 Jahren Kriegsende nicht als verletzend sehen. Darüber hinaus müsse man feststellen, dass dieses aufgezeigte Defizit nicht ganz untypisch für die Stadt Ingolstadt sei. In Ingolstadt vertraue man bei solchen Themen stark auf das Ritual, erklärt Stadträtin Leininger. Das vorgestellte Programm zu 80 Jahren Kriegsende weise beispielsweise mit den ökumenischen Gottesdiensten und den Podiumsdiskussionen altbekannte Formate auf. An dieser Stelle müsse man sich allerdings fragen, ob bei solchen Jahrestagen nicht ein Bedürfnis nach anderen Formaten bestehet. Gleichzeitig fehle zum Jahrestag 80 Jahre Kriegsende auch eine zentrale städtische Veranstaltung, so Stadträtin Leininger. Diese Aufgabe werde von der Stadtverwaltung an die Vereine, Historiker und Schulen delegiert.

Bei diesen Akteuren handle es sich zwar um die richtigen Adressaten für dieses Thema, aber trotzdem fehle eine alles verbindende offizielle Veranstaltung der Stadt. Aus diesem Grund mahnt die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Fehlen einer zentralen städtischen Veranstaltung zum Tag der Befreiung am 08. Mai, an dem die Geburtsstunde unserer Demokratie liege, auch im vorliegenden Antrag an. In diesem Zusammenhang weist Stadträtin Leininger darauf hin, dass in Berlin in diesem Jahr der 08. Mai ein gesetzlicher Feiertag sei. Dort stehe im Mittelpunkt der Themenwoche zu 80 Jahren Kriegsende auch die Open-Air-Ausstellung „Endlich Frieden?!” auf dem Pariser Platz. Angesichts dessen sei es in Ingolstadt etwas enttäuschend, dass man sich am 08. Mai überwiegend mit der Archäologie beschäftigte und keine zentrale Gedenkveranstaltung habe. In diesem Punkt werde der vorliegende Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch weiterhin unerfüllt bleiben, betont Stadträtin Leininger.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass man die Anmerkungen der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Fehlen einer zentralen städtischen Gedenkveranstaltung am 08. Mai noch einmal verwaltungsintern auf der Referentenebene besprechen werde. Vielleicht könne man kurzfristig noch eine entsprechende städtische Veranstaltung zum Tag der Befreiung am 08. Mai organisieren. In Anbe tracht der kurzen Planungszeit könne eine solche Gedenkveranstaltung dann allerdings nicht so hochkarätig ausfallen.

Der mündliche Bericht zum Überblick über die in Ingolstadt geplanten Veranstaltungen anlässlich des Jahrestages zu 80 Jahren Kriegsende wird den Ausschussmitgliedern bekannt gegeben.

-Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.-